Prof. Dieter Kempf, Präsidiumsmitglied des BITKOM

Statement zur PK „IT-Kriminalität in Deutschland“
Berlin, Bundespressekonferenz, 6. September 2010

Bundesverband
Informationswirtschaft,
Telekommunikation und
neue Medien e.V.

Albrechtstr. 10 A
10117 Berlin-Mitte
Tel. +49. 30. 27576-0
Fax +49. 30. 27576-400
bitkom@bitkom.org
www.bitkom.org

Ansprechpartner
Christian Spahr
Pressesprecher
Tel. +49. 30. 27576-112
Fax +49. 30. 27576-400
c.spahr@bitkom.org

Präsident
Prof. Dr. Dr. h. c. mult.
August-Wilhelm Scheer

Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernhard Rohleder

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich darf Sie ebenfalls herzlich begrüßen zu unserer Pressekonferenz mit dem Bundeskriminalamt. Bereits zum dritten Mal informieren wir gemeinsam über Online-Kriminalität – und wie sich Nutzer schützen können. Im Jahresverlauf ist deutlich geworden: Die Bedrohung hat trotz verstärkter Aufklärung zugenommen. Die Methoden der Betrüger werden raffinierter, man kann auch sagen: professioneller. Umso wichtiger ist der Selbstschutz. Wir müssen jetzt alle erreichen, die bisher noch ohne Virenschutz surfen oder sorglos mit persönlichen Daten umgehen.

Wir haben auch die Nutzer selbst ausführlich befragt: Wovor haben sie Angst, welche negativen Erfahrungen haben sie gemacht? Halten sie ihre Daten für sicher, schützen sie sich aktiv oder sehen sie eher Staat und Wirtschaft in der Verantwortung? Die Ergebnisse waren sehr aufschlussreich. Wir haben die Umfragen mit den Instituten Forsa und Aris gemacht, es wurden jeweils insgesamt 1.000 Deutsche interviewt.

Angst vor Viren, Datenklau und Betrug verbreitet

Drei Viertel der Internet-Nutzer fühlen sich von Kriminalität im Web bedroht, ergibt unsere Umfrage mit Forsa. Am weitesten verbreitet ist die Angst, dass ein Virus oder anderes Schadprogramm den Rechner lahmlegt. Sechs von zehn Anwendern sehen das als Bedrohung. Fast ebenso viele – nämlich jeder Zweite – sorgt sich, persönliche Daten könnten ausgespäht und missbraucht werden. Angriffe auf Zugangs-

daten und Passwörter haben zugenommen – das ist in den Köpfen der Nutzer angekommen. Jeder Vierte fühlt sich beim Online-Banking von Betrügern bedroht, ebenso viele beim Einkaufen oder privaten Online-Verkäufen. Aber auch nach strafrechtlich relevanten Angriffen im zwischenmenschlichen Bereich haben wir gefragt, hier sind die Ängste geringer. So haben 9 Prozent der Nutzer Angst vor Beleidigungen und Belästigungen im Internet, 7 Prozent fühlen sich von Mobbing bedroht.

Die Angst davor, Opfer zu werden, ist in vielen Bereichen größer als das Risiko. Dennoch: Etwa zwei Drittel der deutschen Web-Nutzer haben reale Erfahrungen mit Kriminalität im Internet gemacht. In den meisten Fällen sind es klassische Virenangriffe, keine schweren Straftaten. Das kann aber kein Grund zur Entwarnung sein. Wenn elf Prozent der Nutzer schon einmal von einem Geschäftspartner im Netz betrogen wurden, sind das immerhin sechs Millionen Bundesbürger. Mindestens 3,5 Millionen wurden Opfer von Datendiebstahl.

Eine reine Viren-Infektion mag zunächst harmlos klingen, aber solche Schadprogramme sind zunehmend darauf spezialisiert, private Daten und digitale Identitäten auszulesen. Die Daten werden als Hehlerware angeboten. Geklaute Benutzernamen, Passwörter oder Kreditkarten-Daten werden „en gros“ verkauft. Auch wer merkt, dass er einen Virus hat, weiß meist nicht, was er anrichtet. Zudem gehen Angreifer immer raffinierter vor, Schadprogramme sind schwerer zu erkennen. Angriffe erfolgen vermehrt über Anwendungsprogramme, nicht nur über Lücken in Betriebssystemen. Mehr denn je müssen sich Nutzer auf dem Laufenden halten, wie sie sich schützen können.

Angriffe auf Bankkonten nehmen weiter zu

Das gilt insbesondere auch beim Online-Banking. 26 Millionen Deutsche erledigen Bankgeschäfte im Internet, das sind 41 Prozent

aller Bürger zwischen 16 und 74 Jahren. Seit vier Jahren veröffentlichen wir eine Statistik zu den Angriffen im Online-Banking, nunmehr in Kooperation mit dem BKA.

Unsere aktuellen Erkenntnisse zeigen: Die Zahl der Betrugsfälle steigt 2010 erneut stark an. BITKOM und BKA rechnen mit bis zu 5.000 angezeigten Phishing-Fällen in diesem Jahr – ein Plus von rund 71 Prozent. Einzelne Bundesländer haben uns im ersten Halbjahr 2010 schon höhere Fallzahlen gemeldet als im Gesamtjahr 2009. Das betrifft etwa Berlin, Brandenburg und Sachsen. Bereits 2009 sind bundesweit die Phishing-Zahlen in die Höhe geschossen. Die kurze Erholung des Jahres 2008, die wir bei unserer letzten Pressekonferenz vermelden konnten, war wie vorhergesehen nicht von Dauer. Auch die Schäden, die durch gestohlene Kontodaten entstehen, nehmen zu. Herr Ziercke wird das Thema gleich noch genauer erklären. Aus BITKOM-Sicht wird deutlich: Die simple Eingabe von Geheimzahlen reicht als Sicherheitsmaßnahme bei Überweisungen längst nicht mehr. Vorsichtiges Verhalten und eine moderne technische Sicherheitsausstattung des PCs sind ebenso wichtig. Tipps dazu finden Sie in Ihrer Pressemappe.

Mehrheit skeptisch in puncto Sicherheit

Meine Damen und Herren,

56 Prozent der Internet-Nutzer halten Ihre persönlichen Daten im Allgemeinen für unsicher, wie unsere Umfrage mit Aris zeigt.

Die Ängste vor Kriminalität im Web bremsen klar die Entwicklung der Online-Dienste. Drei Viertel der Nutzer verzichten wegen Sicherheits-Bedenken auf bestimmte Aktivitäten. 38 Prozent schicken wichtige Dokumente lieber per Post statt per Mail. Drei von zehn Nutzern machen kein Online-Banking – das sind rund 14 Millionen Menschen.

Jeder Fünfte verzichtet auf Shopping, jeder Sechste auf die Buchung von Reisen oder Tickets. Und 15 Prozent, fast 8 Millionen, nehmen gar keine Transaktionen im Netz vor. Das sind verschenkte Chancen. Andererseits surft jeder Fünfte ohne Virenschutz. So gefährdet man nicht nur sich selbst, sondern auch andere, mit denen man Daten austauscht. Die Spannbreite reicht von übervorsichtig bis zu einer kindlichen Unbekümmertheit.

Viele Nutzer sehen eigene Verantwortung

Wirtschaft und Staat haben die Verantwortung, Hilfestellung zu geben beim Selbstschutz der Anwender. Diese Verantwortung möchten wir gemeinsam mit den Verbrauchern wahrnehmen. 55 Prozent der Internet-Nutzer sagen laut unserer Umfrage, dass es beim Schutz ihrer persönlichen Daten vorrangig auf sie selbst ankomme.

Gespaltene Gesellschaft

Je enger das Internet mit dem Alltag verwoben ist, desto stärker wird es ein Thema für die Politik: Im Koalitionsvertrag nehmen IT-Themen breiten Raum ein, Ministerien wetteifern um Zuständigkeiten, Online-Kommissionen schießen wie Pilze aus dem Boden. Damit kommt die Politik einem Anliegen der Bevölkerung entgegen: Sechs von zehn Bürgern wollen, dass das Web in der Politik eine größere Rolle spielt.

Dabei geht es um die Frage: Wie verbinden wir Freiheit und Sicherheit? Wie schaffen wir es, dass sich Nutzer nicht bespitzelt fühlen, aber geschützt vor Gefahren? Hier muss ein Konsens gefunden werden, hier ist die Gesellschaft noch gespalten. Zwei Drittel der Deutschen sagen in unserer Umfrage: Die Freiheit im Netz muss erhalten bleiben. Aber fast ebenso viele fordern strengere Regeln und mehr Überwachung. Dass beides nicht immer gleichzeitig möglich ist, und wo wir Prioritäten

setzen, müssen wir offen debattieren. Vermeiden müssen wir dabei, dass die Privatsphäre durch schärfere Sicherheitsgesetze leichtfertig geopfert wird. Vertrauliche Gespräche, außergewöhnliche Hobbys oder auch Flirts – viele Menschen haben online ganz legale Geheimnisse. Das müssen wir respektieren. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass schwere Kriminalität effektiv bekämpft werden kann.

Prioritäten zur Bekämpfung von IT-Kriminalität

Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Strafverfolgungsbehörden weiter ausbauen und planen hierzu künftig regelmäßige Konsultationen mit dem BKA. Ziel ist ein noch intensiverer Austausch zur Bekämpfung der IT-Kriminalität. Dabei wünschen wir uns, dass auf staatlicher Seite das Know-how weiterentwickelt wird – etwa, indem weiter in Ausbildung und Ausstattung von Ermittlern investiert wird und in spezialisierte Staatsanwaltschaften gegen IT-Kriminalität.

Die Verbraucher unterstützen wir mit Informationen – wie Sie sie zum Beispiel in Ihrer Pressemappe finden – und durch den Verein „Deutschland sicher im Netz“. Deutschland sicher im Netz geht mit kostenfreien Angeboten direkt auf die Bedürfnisse bestimmter Gruppen ein, etwa Kinder, Eltern und Senioren oder mittelständische Firmen.

Sicherheit im Internet ist ein gemeinsames Interesse von Staat, Wirtschaft und Verbrauchern – und dazu werden wir als BITKOM weiter unseren Beitrag leisten.

Vielen Dank.